

27. November 2019

Postulat

GLP-Fraktion

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bis zur Publikation des in Postulat 2018/078 geforderten Berichts für eine umfassende Reorganisation der Verwaltung ein genereller Stellenstopp in allen Departementen auf allen Kaderstufen (Funktionsstufen 13 bis und mit 18 mit Führungsfunktion) verfügt werden kann. Davon ausgenommen werden sollen die Bereiche, welche direkt aufgrund des Bevölkerungswachstums ein verhältnismässiges und unerlässliches Stellenwachstum erfordern wie beispielsweise Pflege, Betreuung, Bildung und Sicherheit.

Begründung:

Am 31. Oktober 2018 hat der Gemeinderat mit 110 zu 0 Stimmen das dringliche Postulat 2018/078 zur Vorlage eines Berichts zur Reorganisation der Verwaltung dem Stadtrat überweisen. Das Postulat fordert insbesondere, dass pro Thema nur eine Dienstabteilung in der Verantwortung steht und dass die Aufgaben von Dienstabteilungen, die Querschnittsfunktionen wahrnehmen oder Service-Leistungen erbringen, einheitlich und für alle Dienstabteilungen verbindlich geregelt werden.

Damit bis zum Zeitpunkt der Publikation des Berichts ein weiteres Wachstum der Verwaltung in denjenigen Bereichen, wo bereits heute Doppel- und Mehrspurigkeiten bestehen und wo Querschnittsfunktionen übernommen und/oder zentrale Service-Leistungen erbracht werden, verhindert werden kann, ist das Einfrieren der Anzahl Kaderstellen in den Funktionsstufen 12 bis und mit 18 eine zentrale Massnahme. Denn gerade die Neuschaffung von Stellen in den genannten Funktionsstufen führt erfahrungsgemäss dazu, dass weitere Stellenschaffungen auf untergeordneter Ebene als notwendig erachtet und schliesslich auch realisiert werden.

Um nicht weitere Präjudize im Hinblick auf die Ausgangslage bezüglich der vom Gemeinderat einstimmig geforderten Verwaltungsreform zu schaffen, ist es unabdingbar jetzt einen Marschhalt einzulegen.

Antrag auf Behandlung mit Weisung 2019/388, Budget 2020



27. November 2019

Postulat

Von Yasmine Bourgeois (FDP)
und Elisabeth Schoch (FDP)
und ...e.. Mitunterzeichnenden

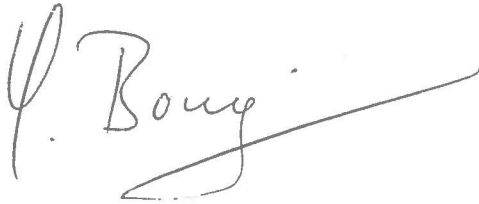

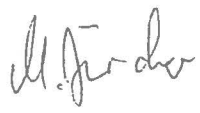




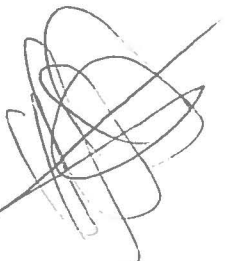
Der Stadtrat wird aufgefordert, einen Bericht zu erstatten, wie im Rahmen der Digitalisierung und der Erwartungen an eine «smarte» City Verwaltungsabläufe vereinfacht worden sind und werden und in welchen Verwaltungsabteilungen in der Folge Kosten eingespart werden können.

Begründung:

Eines der Ziele der städtischen Digitalisierungsstrategie ist «Smart Government». Durch «Smart Government» werden Prozesse innerhalb der Verwaltung, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger vereinfacht. Durch digitale Bürgerdienstleistungen können unnötige Behördengänge und Schalterstunden der Verwaltung reduziert werden. Durch interne Digitalisierung können Prozesse vereinfacht oder beschleunigt werden, sodass gewisse Abläufe durch schnellere, einfachere digitale Abläufe ersetzt werden können.

Wir möchten einen exakten Bericht darüber, welche Prozesse bereits durch einfachere digitale Verfahren ersetzt wurden und welche in den nächsten zwei Jahren ersetzt werden können. Zudem soll die Verwaltung aufzeigen, in welchen Dienstabteilungen durch Digitalisierung Kosten eingespart werden konnten. Wir bitten um eine Auflistung sämtlicher Kosten wie Personalkosten, Infrastrukturkosten, Materialkosten etc.

Antrag um gemeinsame Behandlung mit dem Budget 2020.

4. Dezember 2019

Postulat

von SP-Fraktion,
Grünen-Fraktion und AL-Fraktion

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er im 1. Quartal 2020 ein humanitäres Hilfspaket für Binnenvertriebene in Nordsyrien beschliessen kann. Sichergestellt werden soll, dass die Hilfe an unabhängige Hilfsorganisationen geleistet wird, die mit den nichtstaatlichen Selbstverwaltungsstrukturen in Nordsyrien zusammenarbeitet.

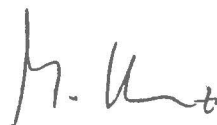
Begründung:

Nach der Beschiessung und Besetzung der Stadt Afrin durch türkisches Militär hat der Stadtrat 2018 ein erstes Hilfspaket für Binnenvertriebene beschlossen. Die Hilfe wurde über die in Nordsyrien aktive Hilfsorganisation medico international schweiz abgewickelt, die mit dem Kurdischen Roten Halbmond zusammengearbeitet hat.

Nach der zweiten türkischen Militäroffensive im nordsyrischen Kurdengebiet hat der Stadtrat am 6. November 2019 ein zweites Hilfspaket beschlossen. Die Mittel gingen an das Schweizerische Rote Kreuz, das in Zusammenarbeit mit dem Syrisch-Arabischen Roten Halbmond ein Projekt zur Sicherung der Trinkwasserversorgung für die ortsansässige Bevölkerung und die intern Vertriebenen ausgearbeitet hat. Der syrisch-arabische Rote Halbmond hat seinen Sitz in Damaskus und arbeitet nicht in der autonom verwalteten Region Rojava, wo sich die meisten Binnenvertriebenen aufhalten.

Wir laden den Stadtrat ein, ein weiteres Hilfspaket zu schnüren, das Binnenvertriebenen in Nordsyrien zugutekommt, die in Gebieten leben, die von den nichtstaatlichen Selbstverwaltungsstrukturen der kurdisch-arabischen Bevölkerung geprägt sind. Die Hilfe soll über Organisationen abgewickelt werden, die mit diesen Selbstverwaltungsstrukturen zusammenarbeiten.

Behandlung mit Budget 2020, 2000 FD Departementssekretariat, Kto 3638 00 100, Humanitäre Hilfe im Ausland.





27. November 2019

Postulat

von GLP Fraktion

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Beschaffung von Dienstkleidern in der Stadtverwaltung zentral organisiert und vor allem koordiniert werden kann.

Begründung:

Es gibt viele Anwendungsfälle von Dienstkleidern und diese sind auch sehr Amts- und / oder Abteilungsspezifisch. Trotzdem würde es Sinn machen, dass diese über die gesamte Stadtverwaltung koordiniert beschafft werden. Denn so können auch kleine Stückzahlen von einzelnen Abteilungen beim Lieferant als kumulierten Auftrag platziert und vorteilhafte Konditionen ausgehandelt werden. Ausserdem soll sichergestellt werden, dass stadtweit nach einheitlichen und ökologischen Kriterien ausgeschrieben wird.

Die Struktur lehnt an der koordinierten Beschaffung von Dienstfahrzeugen an, welche sich bewährt hat.

Antrag auf Behandlung mit Weisung 2019/388, Budget 2020

4.12.2019

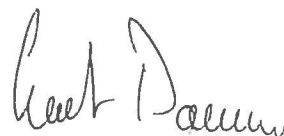
Postulat

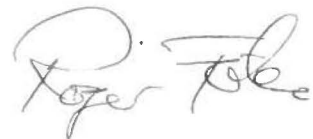
von Ernst Danner (EVP)
und Roger Föhn (EVP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in der Stadtverwaltung die notwendige Fachkompetenz erstellt werden kann für einen verstärkten Einsatz der Stadt zugunsten der Anbindung Zürichs an das europäische Hochleistungsnetz des Bahnverkehrs, damit Bahnverbindungen attraktiver werden als Kurzstreckenflüge.

Begründung:

Die Anbindung an das internationale Hochleistungsnetz der Bahn ist für Zürich von grosser Bedeutung. Frankreich hat vorgemacht, wie in einem Umkreis von über 500 Kilometern Bahnverbindungen attraktiver ausgestaltet werden können als Flugverbindungen. Die Verbindungen Zürichs nach Westen (Paris) und Süden (Mailand) wurden zwar beschleunigt, schöpfen aber das Potenzial der Bahn ebenso wenig aus wie zahlreiche andere Strecken. Es ist ein Gebot der Stunde, dass in der Stadtverwaltung die notwendige Fachkompetenz bereitgestellt wird, um auf kantonaler, nationaler und internationaler Ebene vermehrt Einfluss zu nehmen zugunsten der Anbindung Zürichs an das Hochgeschwindigkeitsnetz der Bahn.





Antrag auf gemeinsame Behandlung mit dem Budget, Weisung Nr. 2019/388

4. Dezember 2019

Postulat

von Florian Utz (SP)
und Matthias Probst (Grüne)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass alle Projekte des Tiefbauamtes von einer internen Fachperson geprüft werden, die ausschliesslich für den Veloverkehr zuständig ist. Die dafür zuständigen Fachpersonen sollen dabei gegenüber der Projektleitung mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattet werden, damit Velomassnahmen konsequent und wirksam umgesetzt werden.

Begründung

Mit dem Budget 2020 werden neue Stellen für die Veloförderung geschaffen. Das ist sehr zu begrüessen. Gleichzeitig ist es auch wichtig, dass die neu eingestellten Fachpersonen mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattet werden – und nicht bloss eine beratende Stimme haben, welche letztlich ignoriert werden kann.

Alle Projekte des Tiefbauamtes sollen verwaltungsintern von einer Velofachperson geprüft werden. Dabei soll sichergestellt werden, dass die Projektleitung sich nicht leichtfertig über Einwände dieser Velofachperson hinwegsetzen kann. Um dies zu gewährleisten, soll ein Mechanismus eingeführt werden, der das Vorgehen bei Uneinigkeit zwischen Projektleitung und Fachperson regelt.

Antrag auf gemeinsame Behandlung mit der Weisung 2019/388.



18. September 2019

Postulat

Gabi Kisker (Grüne)
Brigitte Fürer (Grüne)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die in der Planung der Neugestaltung des Münsterhofes vorgesehenen Baumpflanzungen umgesetzt werden und allenfalls weitere Baumpflanzungen vorgenommen werden können.

Begründung:

Am 4. Dezember 2012 wurde die Neugestaltung des Münsterhofs präsentiert. Neben Lösungen zu Beleuchtung, Bodengestaltung und Brunnen wurde auch die Pflanzung von Bäumen vorgesehen und im Budgetrahmen aufgeführt. Die Bäume sind aber nicht gepflanzt worden, da einzelne Grundeigentümer Widerstand geleistet haben. Bei der Interessenabwägung sind die Partikularinteressen der Grundeigentümer scheinbar höher gewichtet worden.

Im Zuge der Diskussion der Wärmeinseleffekte in der Stadt und den kühlenden Effekten von Vegetation -insbesondere von Bäumen- erhalten Baumpflanzungen auf dem Münsterhof mehr Gewicht. Stadtrat Richard Wolff äussert sich dazu im überarbeiteten Grünbuch folgender Massen: «Wärme und Regenarmut ohne Ende, so präsentierte sich das Jahr 2018 in der Schweiz. Zehn von zwölf Monatstemperaturen lagen deutlich über der Norm, sechs davon im extremen Bereich. Mit dieser denkwürdigen Feststellung eröffnete Meteo Schweiz ihr Klimabulletin 2018. Der Klimawandel erhöht die Hitzebelastung im städtischen Raum. Gebäude, Strassen und Plätze erwärmen sich mehr als Grünräume. Deshalb gehören klimatische Aspekte stärker in die Stadtplanung, wobei Grün Stadt Zürich eine bedeutende Rolle zukommt.»

Der Münsterhof ist ohne Beschattung im Sommer zu heiss, eine hohe Aufenthaltsqualität kann mitnichten gewährleistet werden. Für einen zum Verweilen auf den Stühlen und Bänken angelegten Platz, fehlen schattenspendende Bäume. Der Untergrund des Münsterhofs lässt zwar nur punktuell Baumpflanzungen zu. Der Künstler Heinrich Gartentor hat mit seiner grünen Interaktion «Insel der Stadt» zwei mögliche Standorte aufgezeigt. Auch vor dem Zunfthaus zu Meisen und entlang der Längsfassade des Fraumünsters wären weitere Baumpflanzungen möglich.

G. Kisker

B. Fürer

4. Dezember 2019

Postulat

der Fraktion Grüne

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das Strassenprojekt Kasernenstrasse vor dem Sihlpostgebäude (Lagerstrasse bis Beginn Europaallee) komplett überarbeitet werden kann. Dabei sind aufgrund der heutigen Nachfrage genügend oberirdische Veloabstellplätze anzuordnen. Die im Regionalen Richtplan vorgesehenen Radwege in beide Richtungen sind sicher, ausreichend breit und lückenlos zu erstellen. Die Fusswegverbindung von der Passage Sihlquai bis zur Lagerstrasse und zur Tram- und Bushaltestelle «Sihlpost/HB» ist deutlich grosszügiger zu konzipieren. Zu integrieren ist eine gewisse Anzahl an Behindertenparkplätzen. Auch ist sicher zu stellen, dass durch manövrierende Fahrzeuge kein Rückstau in den Kreuzungsbereich entsteht. Die Geschwindigkeit ist auf ein Tieftempokonzept auszurichten.

Begründung

Der Bereich Kasernenstrasse vor der Sihlpost wird im Entwurf zum neuen kommunalen Verkehrsplan zu Recht in den Fussgängerbereich Altstadt /City integriert und ebenfalls als Quartierzentrum bezeichnet. Er ist eine wichtige Umsteigeverbindung zwischen der Passage Sihlquai (HB) und der Tram- und Bushaltestelle «Sihlpost/HB» und stellt einen eigentlichen südlichen Bahnhofvorplatz dar.

Mit der 34 m breiten Passage Sihlquai hat die SBB eine grosszügige Personenunterführung zur Sihlpost, in den Kreis 4 und zur Tram- und Bushaltestelle «Sihlpost/HB» geschaffen. Die SBB reden in einer Medienmitteilung von bis zu 120'000 Personen, die täglich diese Passage Richtung Süden benutzen.

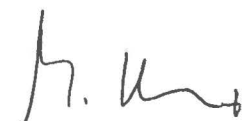
Das 2016 aufgelegte Strassenprojekt Kasernenstrasse (Lagerstrasse – Gessnerallee) trägt den vielfältigen Anforderungen an diesen Raum keine Rechnung und ist einseitig auf eine möglichst hohe Anzahl Parkplätze ausgerichtet. So ist das Trottoir vor der Sihlpost noch immer zu schmal für die vielen Personen, die es täglich nutzen. Mit einer Breite von lediglich 4 m und Tempo 50 bei beidseitiger Parkierung (Querparkierung auf der einen Seite und rückwärtige Ausfahrt in die Fahrbahn auf der anderen Seite) würde auf der Fahrbahn vor der Sihlpost ein eigentlicher Unfallherd für Velos geschaffen.

Der dringende Bedarf nach einer ausreichenden Anzahl oberirdischer Gratisveloabstellplätze wurde in dieser Planung ebenfalls nicht berücksichtigt. Auch mit den Velostationen Süd und Stadttunnel bleiben Veloabstellplätze an der Oberfläche nötig.

Auf einen Grossteil der geplanten Kurzzeitparkplätze, die nicht Bestandteil des Historischen Kompromisses sind und die seit rund 10 Jahren nicht mehr nutzbar sind, ist zu verzichten.

Als tauglich wird hingegen die Gestaltung der Postbrücke inkl. der Kasernenstrasse bis Ende Europaplatz betrachtet (Begegnungszone, breite Trottoirs, Taxistandplätze). Allerdings ist auch hier auf die Anordnung einer ausreichenden Anzahl Gratis-Veloabstellplätze, wie heute bestehend, zu achten.

Antrag auf Behandlung mit der Weisung 2019/388, Budgetvorlage 2020.



10. Juli 2019

Postulat

von Mathias Egloff (SP),
Michael Kraft (SP)
und 9 Mitunterzeichnenden


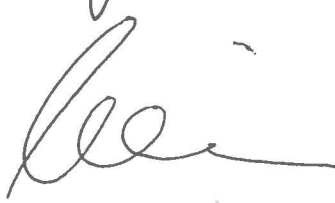
Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie über den Klärbecken der ARA Werdhölzli Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen installiert werden können. Dabei soll auch geprüft werden, ob ein Einsatz von faltbaren Sonnenkollektoren an diesem Standort sinnvoll ist. Falls möglich und lohnend soll die so gewonnene Energie in den nahen Anlagen der Fernwärme genutzt werden.

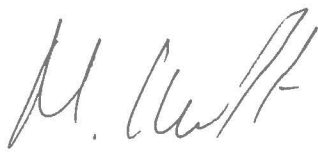



Begründung:

In Chur werden im dortigen Klärwerk Solarpanels eingesetzt, welche den Raum über den Klärbecken zur Produktion von Solarstrom nutzen. Da das Solardach gefaltet und eingefahren werden kann, kann man es bei Schnee, Regen und Hagel einholen. So können grosse, zentrale Flächen effizient mehrfach genutzt werden.

Im Werdhölzli plant die Stadt bereits einen substanziellen Ausbau der Photovoltaik. Die neue Anlage könnte also den elektrischen Strom zu bestehenden Produktionsanlagen auf dem Gelände beisteuern. Da der bakterielle Abbau der Fäkalien im Abwasser nicht vom Licht abhängig ist, und weil demnächst im Werdhölzli aus der Abwärme und der Verbrennung von Klärschlamm Fernwärme produziert werden soll, drängt sich diese Nutzung des grossen Areals förmlich auf. Die Erfahrung, die die Abwasserreinigungsanlage in Chur mit ihrer innovativen Solaranlage gemacht hat, gilt es selbstredend zu berücksichtigen.

Film über die Pilotanlage in Chur: <https://www.youtube.com/watch?v=cAY4C0Oe-94>


Migazzi

Heidegger


F. Brühl
M. Kraft

C. R. ...



23. Oktober 2019

Postulat

von Mathias Egloff (SP)
und Guido Hüni (GLP)
und  Mitunterzeichnenden

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er über seine Beteiligung an Biogas Zürich Einfluss nehmen und Investitionsbeiträge leisten kann, damit in einem Gärwerk der Biogas-Anlage eine Pilotanlage gebaut werden kann, welche in der Lage ist, das bei der Biogasproduktion anfallende reine CO₂ aufzufangen. In derselben oder einer anderswo gelegenen Versuchsanlage soll dieses CO₂ dann einer Verwendung zugeführt werden, welche durch Substituierung von Erdgas, von Kerosin oder von anderen Treib- oder Grundbaustoffen den CO₂ Ausstoss der Stadt insgesamt reduzieren hilft.

Die Anlage ist so zu konzipieren, dass in der Stadt Zürich zusammen mit den Hochschulen Kompetenz und Know-how im Bereich «CO₂ Capture» aufgebaut wird.

Begründung:

Beim Gärprozess zur Gewinnung von BioGas aus Grünabfällen entsteht im Rohgas neben Methan gleichzeitig CO₂ mit einem Anteil von 40% am Gesamtvolumen. Mit High-Tech Membranen, welche wie ein Molekülsieb funktionieren, wird das CO₂ aus dem Rohgas ausgeschieden und liegt dann in reiner Form vor.

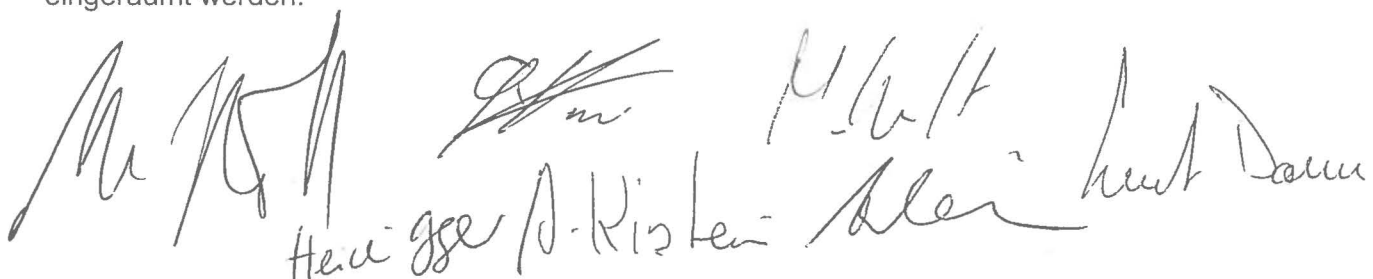
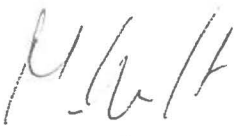
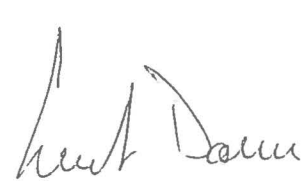
Dieser Prozess soll durch neue Technik, die von einem ETH Spin Off demnächst im Werk Bachenbülach getestet wird, mittels verbesserter Membranen nochmals deutlich effizienter werden.

Für die Verwendung von CO₂ zur Synthese von chemischen Energieträgern drängt sich eine Power to X-Anlage auf. So eine Anlage könnte Methan produzieren, das direkt ins Gasversorgungssystem der Stadt Zürich einspeist werden könnte. Eine andere Möglichkeit wäre eine Anlage, die Methanol produziert. Methanol ist unter anderem ein wichtiger Grundbaustoff in der chemischen Industrie. Da für beide Prozesse elementarer Wasserstoff benötigt wird, soll die Anlage explorieren, wie dieses Gas entweder lokal produziert werden kann oder wie es in die Anlage transportiert werden kann.

In so einer Testanlage müsste es doch möglich sein das entstehende Gas aus reinem CO₂ aufzufangen, anstatt, wie gegenwärtig, es direkt in die Umgebungsluft entweichen zu lassen.

Für reines CO₂ gibt es eine Vielzahl an Verwendungsmöglichkeiten, welche auch als Klima-relevante CO₂-Reduktion im Inland mit Zertifikaten aus dem CO₂-Zertifikathandel vergütet werden könnten. Dies als wichtige Ergänzung zu allen anderen Massnahmen zur Erreichung des Klimaziels netto null fossile Rohstoffe bis 2030 (ZüriZero30).

Wenn vor Ort Wasser in Sauerstoff und Wasserstoff mit elektrischem Strom aufgespalten wird (Hydrolyse), entfällt auch der schwierige Transport des für den Prozess notwendigen Wasserstoffs. Der Rentabilität des Verfahrens soll in dieser frühen Phase keine Priorität eingeräumt werden.


Heiniger P. Kisten  

S. Brauer

B. Wapman

F. B. Baker

H. M. Baker

H. C. Nagler

H. M. Baker

R. S. Baker

27. November 2019

Postulat



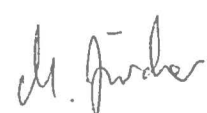





von Yasmine Bourgeois (FDP)
und Christian Huser (FDP)
und ...⁶. Mitunterzeichnenden

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Betreuungspersonen der städtischen Schulen und Tagesschulen in den weniger belasteten Stunden unbürokratisch und anstelle von zusätzlichen Bezugspersonen, als Klassenassistenzen eingesetzt werden können.

Begründung:

In den Betreuungseinrichtungen der städtischen Schulen und Tagesschulen gibt es für das Betreuungspersonal immer wieder Stunden mit weniger zu betreuenden Kindern, vor allem während den regulären Unterrichtszeiten. Da die Betreuungspersonen für die Schülerinnen und Schüler in der Regel wichtige Bezugspersonen im schulischen Alltag sind, sollen möglichst sie in Zukunft in den Klassen die Funktion als Klassenassistenten wahrnehmen.

Antrag um gemeinsame Behandlung mit dem Budget 2020.

27. November 2019

Postulat

von Balz Bürgisser (Grüne)
und Patrik Maillard (AL)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie gewährleistet werden kann, dass die Ressourcen für betreute Aufgabenstunden an Schulen, die keine Pilotschulen «Tagesschule 2025» sind, entsprechend dem Wachstum der Anzahl Schülerinnen und Schüler erhöht werden. Dabei soll das Schuljahr 2016/17 als Basis dienen. Diese Ressourcen sollen zweckgebunden für betreute Aufgabenstunden eingesetzt werden.

Begründung

Ein Schritt in Richtung Chancengerechtigkeit an der Volksschule ist die Aufgabenhilfe. In betreuten Aufgabenstunden können die Kinder Hausaufgaben erledigen, an Projekten arbeiten und Prüfungen vorbereiten. Dabei erhalten sie bei Bedarf Unterstützung von der im Raum anwesenden Ansprechperson. Solche Aufgabenstunden sind insbesondere für Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen gedacht; so können die in der Familie allenfalls fehlenden bildungsfördernden Ressourcen teilweise kompensiert werden.

Dass betreute Aufgabenstunden wesentlich zur Chancengerechtigkeit beitragen, ist erkannt. Daher stehen den Pilotschulen des Projekts Tagesschule 2025 finanzielle Mittel für wöchentlich zwei zusätzliche Aufgabenstunden pro Klasse zur Verfügung. An den Nicht-Pilotschulen werden die Aufgabenstunden in unterschiedlichem Umfang angeboten; es gibt sogar Schulen, die auf Aufgabenstunden verzichten, wenn nur wenige Kinder daran teilnehmen würden. Gemäss Beschluss der Schulpflege vom 15.01.2019 wurden die Ressourcen für Aufgabenstunden fürs Schuljahr 2019/20 gegenüber 2018/19 insgesamt gekürzt. Diese Kürzung bedeutet, dass die Ressourcen für betreute Aufgabenstunden an Pilotschulen Tagesschule 2025 erhöht wurden, an Nicht-Pilotschulen hingegen massiv gekürzt wurden. Seit dem Schuljahr 2016/17 wurden die Ressourcen für Aufgabenstunden an den Nicht-Pilotschulen auf ca. die Hälfte reduziert.

Damit in der Volksschule Chancengerechtigkeit nicht gemindert wird, sollen die Ressourcen für die Aufgabenstunden auch an Nicht-Pilotschulen im bisherigen Umfang zur Verfügung stehen, wobei sie dem Wachstum der Anzahl Schülerinnen und Schüler angepasst werden sollen. Selbstverständlich muss dabei sichergestellt werden, dass diese Ressourcen zweckgebunden eingesetzt werden, so dass diese Aufgabenstunden tatsächlich durchgeführt werden – auch dann, wenn nur wenige Kinder daran teilnehmen. Dabei kommt den Schulleitungen und den Lehrpersonen eine Schlüsselrolle zu: Sie sollen die Schülerinnen und Schüler – insbesondere diejenigen mit sozial benachteiligter Herkunft – motivieren, an den Aufgabenstunden teilzunehmen.

Antrag auf Behandlung mit der Weisung 2019/388, Budgetvorlage 2020

B. Bürgisser

P. Maillard

27. November 2019

Postulat

von Ezgi Akyol (AL)
und Luca Maggi (Grüne)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der Leistungsauftrag 2020 der AOZ mit einem Programm zur beruflichen Integration und dem selbständigen Wohnen für unbegleitete Minderjährige aus dem Asylbereich (MNA) sowie geflüchtete Jugendliche und junge Erwachsene zu ergänzen. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen sollen in begleiteten Wohngruppe und WGs untergebracht werden. Die Begleitung und Betreuung soll in Zusammenarbeit mit privaten Fachorganisationen stattfinden.

Begründung:

Seit März 2019 führt die AOZ in der Temporären Wohnsiedlung (TWS) Aubruggweg eine MNA-Wohngruppe. Dieser Auftrag ist vom Gemeinderat im Dezember 2018 mit einer Erhöhung der Beiträge für besondere städtische Integrationsleistungen um CHF 900'000 erteilt worden. Zurzeit leben 15 Jugendliche in dieser Gruppe. Sie werden in den nächsten Jahren das 18. Lebensjahr erreichen. Der Aufwand für diesen im Globalbudget der AOZ enthaltenen Auftrag wird deshalb zurückgehen.

Zudem betreut die AOZ in der TWS Aubruggweg im Auftrag des kantonalen Sozialamts eine schwankende Anzahl MNA. Es ist davon auszugehen und erwünscht, dass diese Jugendliche nach Erreichen des 18. Altersjahrs der Stadt Zürich zugewiesen werden. Der Stadt Zürich können auch die Volljährigkeit erreichende Jugendliche aus dem MNA-Zentrum Lilienberg zugewiesen werden.

Festzuhalten ist, dass die Integration von Jugendlichen scheitern kann, wenn sie während ihrer Ausbildung keinen bedarfsgerechten Platz zum Lernen haben. Sie brauchen ein eigenes Zimmer und einen ruhigen Wohnort. Die Kollektivunterkünfte der AOZ sind deshalb nicht die geeignete Wohnform, um Jugendlichen den Schritt in die Selbständigkeit zu ermöglichen.

Der AOZ soll deshalb der Auftrag erteilt werden, geeignete Räume für kleine Wohngruppen oder WGs zu akquirieren (Postulat 2017/380, Schaffung von betreuten oder begleiteten Jugendwohngruppen für unbegleitete Minderjährige und junge Erwachsene aus dem Asylbereich). Der Auftrag zur Begleitung und Betreuung der in diesen Wohngruppen lebenden Jugendlichen soll in Zusammenarbeit mit privaten Organisationen ausgeführt werden. Dabei soll auf schon bestehende Angebote zurückgegriffen werden.

*Behandlung mit Budget 2020, 5500 Sozialdepartement Departementssekretariat, Kto 3634 00
105 Beiträge an Asylorganisation Zürich: Besondere städtische Integrationsleistungen*